

Antrag 45/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mietenwucher stoppen - Für eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen!**

1 Die Mieten in deutschen Großstädten sind in den letzten
2 Jahren dramatisch angestiegen, was zu einer erheblichen
3 Belastung für die Bewohner*innen der Städte führt. Die
4 Mietpreisbremse wurde eingeführt, um dieser Entwick-
5 lung entgegenzuwirken, jedoch gibt es eklatante Lücken
6 in den Regelungen, die von Vermieter*innen skrupellos
7 ausgenutzt werden.

8
9 Obwohl die Mietpreisbremse grundsätzlich auch für mö-
10 blierte Wohnungen gilt, ermöglicht die derzeitige Geset-
11 zeslage Vermieter*innen, durch überhöhte Möblierungs-
12 zuschläge die Preisregulierung zu umgehen. Diese Praxis
13 führt dazu, dass Mieter*innen überhöhte Mieten zahlen
14 müssen, ohne dass dies gerechtfertigt wäre.

15
16 Die Nichtberücksichtigung von "Wohnen auf Zeit" ist ein
17 weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge der Mietpreisre-
18 gulierung beachtet werden sollte. Häufig wird möbliert-
19 er Wohnraum unter dem Vorwand des "Wohnens auf
20 Zeit" vermietet, um die Mietpreisbremse zu umgehen.
21 Dies führt dazu, dass Mieter*innen überhöhte Preise zah-
22 len, ohne langfristige Sicherheit zu erhalten. Eine klare De-
23 finition und Regulierung von "Wohnen auf Zeit" ist daher
24 erforderlich, um Missbrauch zu verhindern und faire Be-
25 dingungen für alle Bürger*innen sicherzustellen.

26
27 Es ist höchste Zeit, dieser ungerechten Praxis ein Ende zu
28 setzen und eine faire Mietpreisregulierung für alle Woh-
29 nungen in Berlin durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen,
30 dass Vermieter*innen weiterhin von einer Gesetzes-
31 lücke profitieren, während die Mieter*innen unter unbe-
32 zahlbaren Mieten leiden.

33
34 Wir müssen uns als Partei für bezahlbaren Wohnraum
35 für alle einsetzen und gegen Ausbeutung und Ungerech-
36 tigkeit auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wir fordern
37 diesen dringenden Handlungsbedarf anzuerkennen und
38 konkrete, bindende Maßnahmen zur Beendigung dieser
39 ungerechten Praxis zu ergreifen.

40
41 Daher fordern wir:
42 **Eine effektive Deckelung der Mieten für möblierte Woh-**
43 **nungen:** Überhöhte Möblierungszuschläge dürfen nicht
44 länger toleriert werden. Wir fordern klare und faire Richt-
45 linien für die Berechnung dieser Zuschläge, um Mieter*in-
46 nen vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.

47

Empfehlung der Antragskommission**vertagt auf LPT I/2025 + Überweisung FA VIII (Konsens)**

48 **Transparenz und Offenlegung der Möblierungszuschläge:**
49 Vermieter*innen sollen verpflichtet werden, die Kosten
50 und den Zeitwert der Möblierung transparent im Miet-
51 vertrag offenzulegen, um Missbrauch zu verhindern und
52 die Mieter*innen über ihre Rechte zu informieren. Ausge-
53 nommen sind kurzzeitige Untervermietungen, die nicht
54 gewerbsmäßig stattfinden – bspw. ein WG-Zimmer wäh-
55 rend eines Auslandssemesters. Zudem soll aufgrund der
56 Abnutzung von Möbeln eine jährliche Reduzierung des
57 Möblierungszuschlags erfolgen.

58

59 **Keine Ausnahme der Mietpreisbremse für “Wohnen auf
60 Zeit”:** Es sollte eine umfassende Gesetzesänderung ge-
61 ben, die sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von
62 der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Dies würde ei-
63 ne gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und ver-
64 hindern, dass Vermieter*innen von möblierten Wohnun-
65 gen oder Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe Mie-
66 ten verlangen können.